

Sitzungsniederschrift

Der Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss der Stadt Kremen führte die 21. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Montag, dem 30.05.2022 in Kremen, Straße der Einheit 2, Schulküche um 19.00 Uhr durch.

a) *anwesend*

Schlichting, Ricky

Förster, Arthur
Hornemann, Heino
Brunner, Christoph
Klinke, Maik
Kotenbeutel, Andreas
Gebauer, Gordon

Vorsitzender

Mitglied
Mitglied
Mitglied
sachkundiger Einwohner
sachkundiger Einwohner
sachkundiger Einwohner

b) *abwesend*

Koop, Eckhard
Schiprowski, Georg

Mitglied
sachkundiger Einwohner

c) von der Verwaltung anwesend

Herr Wießner
Herr Busse

Bürgermeister der Stadt Kremen

d) Gäste

Herrn Grunewald vom Architektenbüro Dr. Szamatolski + Partner GbR

e) Presse

./.

Die Mitglieder waren durch - **ordnungsmäßige** - Einladung vom 12.05.2022 auf **Montag**, den **30.05.2022** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die - **ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwände erhoben wurden.

Bestätigte Tagesordnung

I. I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Bau-/Wirtschafts- und Umweltausschusssitzung vom 30.03.2022.
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Einwohnerfragestunde
6. Beratung und Empfehlung: KES - Klarstellungs- und Ergänzungssatzung der Stadt Kremmen
Vorlage - 01-57-2022
5. Beratung und Empfehlung: Städtebauliche Folgekosten - Folgekostenrichtlinie der Stadt Kremmen
Vorlage - 01-56-2022
7. Beratung: Schranke - Seeweg Kremmen
Vorlage - 01-55-2022
8. Sonstiges

II. II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Bau-/Wirtschafts- und Umweltausschusssitzung vom 30.03.2022.
2. Sonstiges

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift	Abstimmungsergebnis		
	Bau-/Wirtschafts- und Umweltausschuss am 30.05.2022	Ja	Nein	Enth
1.	Eröffnung Der Vorsitzende, Herr Ricky Schlichting, eröffnet am Mittwoch, dem 30.05.2022 um 19 Uhr die 21. Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschusssitzung. Er begrüßt die Ausschusssmitglieder, die sachkundigen Einwohner, die Bürger, Herrn Grunewald vom Architektenbüro Dr. Szamatolski + Partner GbR als Gast, den Bürgermeister und die Mitarbeiter der Verwaltung. Der sachkundige Einwohner Herr Schiprowski fehlt entschuldigt und Herr Brunner vertritt Herrn Koop.			
2.	Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Bau-/Wirtschafts- und Umweltausschusssitzung vom 30.03.2022. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zum öffentlichen Teil der Niederschrift werden nicht vorgetragen, somit gilt diese als bestätigt.			
3.	Feststellung der Tagesordnung Herr Schlichting beantragt, den „TOP 6 - Beratung und Empfehlung: Billigung der Entwurfsfassung der Klarstellungs-, Entwicklungs- und Ergänzungs-satzung gemäß §34 Absatz 4, Satz 1, Nummer 1 bis 3, BauGB vom 16. Mai 2022 für den im Zusammenhang bebauten Bereich im Ortsteil Kremmen zur Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung auf TOP 5 vorzuverlegen, um eine Empfehlung des Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschusses zu erhalten. Herr Schlichting bittet um Abstimmung. Abstimmungsergebnis: anwesend: 4 Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Aufgrund des Abstimmungsergebnisses wird mit der Änderung weiter verfahren.			
4.	Einwohnerfragestunde Herr Rakow, Vorsitzender des Umweltbeirat Kremmen bedankt sich dafür, dass pünktlich zum 1.Mai alle Grünflächen in der Stadt gemäht waren. Somit sah die Stadt mit frischem Grün sehr ordentlich aus. Trotz allem stellt er drei Fragen. 1. Wie viel Benzinkosten wurden für Mäharbeiten städtischer Flächen in den letzten 2 Jahren ausgegeben? 2. Wie viel werden wir ca. zum Ende dieses Jahres ausgegeben haben?			

	<p>3. Wie viel Benzinkosten könnten wir einsparen, wenn 30%-50% der städtischen Flächen nicht oder weniger gemäht werden?</p> <p>Ja, der Umweltbeirat ist der Meinung, es wird zu viel gemäht in Kremmen!</p> <p>Ja, wir sind der Meinung, mit mehr Arten- und Insektenschutz könnten wir Geld sparen!</p> <p>Nicht alle Grünflächen in der Stadt müssen immer gleich und gleich intensiv kurzgehalten werden.</p> <p>Vielen Senioren in der Stadt, die seit Jahren Blumenzwiebeln stecken, wünschen sich mehr blühende Grünflächen. Auch werden jetzt schon in den jeweiligen Ortsteilen Rabatten mit Blumen aufgewertet. Vor den Haustüren werden die Grünflächen von Einzelkämpfern bepflanzt und gepflegt. Mitarbeiter des Wirtschaftshofes nehmen jetzt schon Flächen aus dem Programm, weil dort ein „blühender“ Rasen entstanden ist.</p> <p>Es sind diejenigen die dafür gesorgt haben, dass wenigstens dort große bunte Holzblumen stehen, wo eigentlich Blumenwiesen das Stadtbild verschönern sollten und Bienen und Insekten als Nahrungsquelle dienen.</p> <p>Unsere Obstbäume und (Heidelbeer-) -sträucher werden zwar umsonst, aber leider von immer weniger werdenden Insekten bestäubt.</p> <p>Herr Sauer aus Groß-Ziethen möchte zum Thema Solarpark wissen, ob der Umweltbeirat der Stadt Kremmen, Leitlinien für diesen erstellt und/oder, ob diese schon vorhanden seien?</p> <p>Zurzeit ist der Umweltbeirat noch daran, derartige Richtlinien zu entwickeln, beantwortet Herr Kottenbeutel die Frage.</p> <p>Herr Sauer entgegnet dahingehend, ob man damit warten möchte, bis das Solarkonzept da ist, denn dann wäre es umsonst erarbeitet worden. Sprich, der Umweltbeirat soll im Nachhinein Kriterien für eine sinnvolle Beplankung mit Solarflächen erstellen, wenn das Solarkonzept bereits steht. Welche Rolle spielen diese dann noch?</p> <p>Herr Busse antwortet dahingehend, dass das Solarkonzept schon vorhanden ist und er den Umweltbeirat nicht beauftragt hat, Leitlinien zu erstellen. Wie es dazu kam, ist für ihn nicht nachvollziehbar.</p> <p>Des Weiteren bezieht er sich auf den §17 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKverf). Hier steht geschrieben, dass die Gemeinde verpflichtet ist, die Bürger zu unterstützen. Es gibt einen Planer, sowie einen Investor. Er bittet lediglich um einen Termin, in dem besprochen werden könnte, wie man ein sinnvolles Solarkonzept, z.B. Einbringung von Dächern, um nicht die besten Bodenpunkte zu beplanen. Ziel ist es, ohne eine „Monsteranlage“ wie in Groß-Ziethen errichten zu müssen, gleiches Geld mit kleineren Anlagen zu erwirtschaften.</p>			
--	---	--	--	--

	<p>Hierzu wäre es jederzeit möglich, einen Termin im Sekretariat telefonisch oder per Mail zu vereinbaren.</p> <p>Zum Problem der Staubentwicklung im Seeweg in Kremmen, möchte Frau Belling gerne den Bearbeitungsstand der vorhandenen Vorschläge wissen, diese wurden bereits vor Wochen vorgetragen.</p> <p>Herr Schlichting äußert sich dazu, dass es dazu weitere Informationen im Tagesordnungspunkt 7 geben wird.</p>			
6.	<p>Beratung und Empfehlung: KES - Klarstellungs- und Ergänzungssatzung der Stadt Kremmen Vorlage - 01-57-2022</p> <p>Herr Wießner fasst den heutigen Arbeitsstand zusammen.</p> <p>Ein interner Bearbeitungsstand der Verwaltung, inklusive interner Absprachen mit dem Ortsbeirat liegen vor.</p> <p>Explizit möchte er auf den Punkt: „Die gewerblich geprägten Flächen“ hinweisen. Diese werden in der Satzung als „... Klarstellungsflächen in den Geltungsbereich ...“ definiert. Damit ist es nicht mehr möglich, diese in Art und Maß der baulichen Nutzung, oder zu Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen festzusetzen. Diese Flächen werden dann nur noch auf der vorhandenen Bebauung beurteilt. Bei diesen gewerblichen Flächen bestehe zukünftig kein Mitspracherecht mehr in der Art der Bebauung.</p> <p>Herr Schlichting möchte Kenntnis über den aktuellen Rechtsstand für den südlichen Teil des Stadtgebietes. Herr Wießner erwidert hierzu, dass es sich um einen Außenbereich handle.</p> <p>Herr Grunewald vom Architekturbüro Dr. Szamatolski + Partner GbR, sagt dazu aus. Sollte die Innenbereichssatzung so in Kraft treten, wird diese große Gewerbefläche in den Genehmigungsbereich des Landkreises Oberhavel übergehen. Das heißt, die Stadt Kremmen hat keinen Einfluss mehr auf die zu entwickelnden Flächen. Sollten Stadtverordnete sich bestimmte Vorhaben, wie z.B. Vergnügungsstätten, nicht vorstellen können, oder Ansiedlungsbestrebungen, welche jetzt schon bekannt sind, könnten diese mit in die Satzung aufgenommen und ggf. ausgeschlossen werden.</p> <p>Herr Schlichting möchte gerne wissen. Wenn etwas ausgeschlossen wird, gilt dies dann im Satzungsbeschluss für Kremmen inkl. aller Ortsteile?</p> <p>Hierzu antwortet Herr Grunewald, dass dies nur für diese Gewerbefläche nach Art und Maß gilt. Hier würde sich alles, was für ein Gewerbegebiet zulässig ist, mit Ausnahme von Vergnügungsstätten einfügen. Auch hier hätte die Stadt Kremmen</p>			

	<p>keinen Einfluss mehr über eventuelle Genehmigungen, wenn die Innenbereichssatzung so in Kraft tritt. Es besteht bereits eine Innenbereichssatzung der Stadt Kremmen, welche die Fläche beinhaltet. Diese wurde vom Landesamt für Bautechnik und Wohnen im Jahr 1996 erstellt. Sie soll dem nicht entgegenstehen, sondern nur ausschließen, was dort nicht entstehen könnte oder soll.</p> <p>Es handle sich bei dem Stadtgebiet südlicher Teil, um die ehemalige KTH. Zurzeit sind dort u.a. Fa. Winzler, Fa. Förster usw. ansässig. Diese Firmen möchten sich weiter entwickeln, was aber lt. der jetzigen Satzung nicht möglich wäre. Ein entsprechendes B-Plan-Verfahren müsste erstellt werden. Da es sich schon immer um ein reines Gewerbegebiet gehandelt hat, möchte die Stadt Kremmen versuchen, dieses Gewerbegebiet in die Innenbereichs-satzung mit einzubringen, um denjenigen die Entwicklung leichter zu ermöglichen. Das Planungsbüro hat die Stadt Kremmen darauf hingewiesen, dass bei einer Aufnahme in die Innenbereichssatzung keine Mitsprache mehr möglich wäre und es den Abgeordneten bewusst wäre. Dieser Entwurf wird dem Landkreis Oberhavel vorgelegt und dieser entscheidet, was genehmigt werden darf und was nicht. Wir möchten zusammen mit den Abgeordneten über diesen Entwurf diskutieren und beraten, sagt Herr Busse.</p> <p>Auf eine erneute Ansammlung von „fahrenden Betrieben“, welche sich kurzfristig zu einer gewissen Wohnwagensiedlung entwickelte, möchte Herr Schlichting wissen, ob dies dann wieder vorkommen könnte und diese dann vielleicht sogar rechtlich abgesichert sind. Wäre hier ein Ausschluss von vornherein möglich?</p> <p>Es ist schwer einzuschätzen, was der Landkreis Oberhavel genehmigt, bzw. ablehnt, meint Herr Grunewald.</p> <p>Ein Vorteil wäre, so Herr Wießner, dass für Bestandskunden langfristiger geplant werden kann.</p> <p>Herr Busse, möchte nochmal darauf hinweisen, dass es sich um einen Auftrag des Ortsbeirates Kremmen handle, die Innenbereichssatzung zu überarbeiten und ggf. anzupassen.</p> <p>Herr Schlichting geht auf Stadtgebiet nördlicher Teil über und macht auf den B-Plan 75 aufmerksam, welcher bereits in Aufstellung ist aber durch den Investor gestoppt wurde. Gemäß letztem Stand von Herrn N., wird dies nicht weiterverfolgt. Der Aufstellungsbeschluss muss noch zurückgezogen werden, damit das Verfahren geschlossen werden kann, antwortet Herr Wießner.</p> <p>Herr Busse möchte noch zusätzlich dazu anfügen, dass gemäß dem Ortsbeirat diese Fläche in den Innenbereich aufgenommen werden soll. Wie verhält sich diese Fläche, sollte dort ein Bauantrag gestellt werden?</p> <p>Herr Grunewald erklärt dazu, dass grundsätzlich in der</p>			
--	---	--	--	--

	<p>Innenbereichs-satzung nur Flächen aufgenommen werden, die eine geordnete städte-bauliche Entwicklung ermöglichen und erschließbar sind. Die konkrete Problematik dieser Fläche bzgl. der Erschließung ist allen bekannt. Grundsätzlich wäre es möglich, was aber wiederum zu einem erheblichen Aufwand führen würde, womit der damalige Investor nicht gerechnet hat. Der Ortsbeirat bat darum, diese Flächen wieder mit einzubeziehen. Von Planungsseite her wurden diese rausgenommen, wenn der B-Plan nicht weiterverfolgt wird, so dass es Gartenland bliebe. Er würde es zur Diskussion stellen, diese wieder mit aufzunehmen.</p> <p>Eine Frage wäre auch, wie entscheidet der Landkreis Oberhavel, wenn diese nicht erschlossen bzw. es schwierig wäre, diese nur mit einem B-Plan-Verfahren zu erschließen. Es sollen auch schon Flächen verkauft worden sein, bzw. wurden verkauft. Dann wird die Sachlage noch schwieriger. Problematisch sieht er auch, einzelne Häuser zu bauen, da Rettungswege kaum möglich sind, usw. Im Endeffekt entscheidet der Landkreis, aber er sieht der Einbeziehung der Fläche in den Innenbereich eher problematisch entgegen, sagt Herr Busse.</p> <p>Nach einer Diskussionsrunde bittet Herr Schlichting um Abstimmung.</p> <p>Abstimmungsergebnis: anwesend: 4 Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0</p> <p>Somit wird mehrheitlich die Empfehlung zur Beschlussfassung empfohlen.</p> <p>“Der Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss der Stadt Kremmen empfiehlt,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen billigt den Entwurf der Klarstellungs-, Entwicklungs- und Ergänzungssatzung gemäß § 34 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 bis 3 BauGB für den im Zusammenhang bebauten Bereich im Ortsteil Kremmen vom 16. Mai 2022 zur Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 34 Absatz 6 BauGB. 2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit wird durch Auslegung nach § 3 Absatz 2 BauGB durchgeführt. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt. 			
--	---	--	--	--

	”											
5.	<p>Beratung und Empfehlung: Städtebauliche Folgekosten - Folgekostenrichtlinie der Stadt Kremen Vorlage - 01-56-2022</p> <p>Herr Wießner gibt eine kurze Zusammenfassung.</p> <p>Die Übertragung der Investitionskosten, welche die Berechnungsgrundlage ist, ergibt eine realisierbare Bruttogeschossfläche. Anhand einer Flächenermittlung, hauptsächlich aus den Bebauungsplänen, sofern diese Festsetzungen beinhalten, sind die Häuser, Wohneinheiten, die wiederum daraus sich errechenbaren resultierenden Einwohner, maßgeblich. Zu den sozialen Infrastruktureinrichtungen gehören im Sinne der Richtlinie Kinderbetreuungseinrichtungen, wie z.B. Krippen, Kindergärten, Horte und Grundschulen. Ein weiterer wichtiger Punkt für die Berechnung ist, eine sogenannte Versorgungsquote, welche die Auslastung unserer sozialen Einrichtungen darlegt.</p> <p>Am Berechnungsblatt erklärt er die Kennzahlen. Es gibt zwei Berechnungen. Zum einen die Festsetzung in den Bebauungs-plänen, welche die Anzahl von Einfamilien-, Doppelhaushälften und Mehrfamilienhäusern (Geschosswohnungen) festlegt, oder zweitens über eine Flächenermittlung. Die erste ist bei uns hauptsächlich anwendbar. Ziel ist immer die Gesamtheit der Wohneinheiten.</p> <p>Des Weiteren gibt es Zahlen, welche vom Statistischen Bundesamt vorgegeben sind. Pro Einfamilienhaus und Doppelhaus rechnet man mit je einer durchschnittlichen Bewohnerzahl von 2,7 und bei Geschosswohnungen mit 1,9. Anhand dieser Summe ergibt sich die potenzielle Gesamtbewohneranzahl (GBZ).</p> <p>Bei sozialen Einrichtungen gibt es ebenfalls einen statistischen prozentualen Anteil. Diese sind wie folgt angegeben:</p> <table><tr><td>Krippe</td><td>Alter 0-3 Jahre: 3%</td></tr><tr><td>KITA</td><td>Alter 3-6 Jahre: 3%</td></tr><tr><td>Hort</td><td>Alter 6-12 Jahre: 6%</td></tr><tr><td>Grundschule</td><td>Alter 6-12 Jahre: 6%</td></tr></table> <p>Der nächste wichtige Punkt wäre die Versorgungsquote, welche aber noch von der Verwaltung ermittelt werden muss. Abhängig von der Verwaltungsquote werden auch diese Plätze berechnet. Weitere Fixpunkte sind Kosten für Kita-, Hort- und Grundschulplätze. Zum Schluss möchte er noch darauf hinweisen, dass jeder Bebauungsplan im Einzelfall betrachtet wird und für jeden einzeln gerechnet wird.</p> <p>Herr Schlichting merkt an, dass bei den Grundschulen die Versorgungs-quote immer 100% ist, da es eine Schulpflicht gibt. Berücksichtigt werden muss allerdings, was als „zumutbare Nähe“ der Kita definiert wird. Dies können wir als Kommune in Zusammenarbeit mit der Verwaltung festlegen. Dasselbe gilt für die</p>	Krippe	Alter 0-3 Jahre: 3%	KITA	Alter 3-6 Jahre: 3%	Hort	Alter 6-12 Jahre: 6%	Grundschule	Alter 6-12 Jahre: 6%			
Krippe	Alter 0-3 Jahre: 3%											
KITA	Alter 3-6 Jahre: 3%											
Hort	Alter 6-12 Jahre: 6%											
Grundschule	Alter 6-12 Jahre: 6%											

	<p>Kosten eines Kitaplatzes, sowie die Versorgungsquote. Die Versorgungsquote ist die Gesamtheit aller Kinder, welche eine Kita besuchen, in diesem Bereich.</p> <p>Einen Hinweis unter Einbeziehung der Beispielrechnung, die als Anlage den Unterlagen beigelegt ist, möchte Herr Busse geben. Der Investor sollte pro Wohneinheit 5.000 Euro bezahlen, bei 5 Wohneinheiten ergibt sich die Summe von 25.000 Euro. Dies wäre weniger, als wir mit der Satzung erreichen würden. Gesetzlich ist es aktuell so, dass er 0 Euro zahlen muss. Da er davon ausgeht, dass wir eine Folgekosteninfrastrukturrichtlinie erstellen und diese als Grundlage für jeden Neubau, der entsteht anwenden, berechnen und derjenige diesen Wert zahlen muss.</p> <p>Dem ist aber nicht so, er muss dies nur bezahlen, wenn wir keinen Kita-Platz vorweisen können. Da wir aber aktuell eine Kitaauslastung von 80% vorweisen können, dürfen wir es nicht zur Anwendung bringen. Er und auch alle neu zuziehenden zahlen dementsprechend 0 Euro. Wir haben in Kremen eine Kita mit 44 weiteren Plätzen gebaut, wovon aktuell 38 Plätze frei sind. Auf Grundlage der Satzung bekommen wir erst Geld, wenn kein Platz mehr vorhanden wäre. Erst dann würden wir Geld bekommen und müssten es dafür auch einsetzen. Diese Richtlinie ist wichtig und wurde in Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwaltsbüro von der Verwaltung ausgearbeitet. Irgendwann kommt der Tag, an dem keine Kitaplätze mehr zur Verfügung stehen und dann ist es wichtig, diese Richtlinie zur Hand zu haben.</p> <p>Herr Tietz merkt aber an, dass das System nicht so einfach und unkompliziert ist. Wird zusätzlich die Praxis der städtebaulichen Verträge weiter verfahren oder wenn die Richtlinie beschlossen ist, fällt dieser dann weg?</p> <p>Herr Busse antwortet dahingehend, nein die Praxis des städtebaulichen Vertrages bleibt bestehen. Dieser hat noch viel mehr Inhalt. Aber wenn diese Richtlinie beschlossen ist, ist es ein nächstes Instrument, welches auch Inhalt des Erschließungsvertrages ist.</p> <p>Nachdem alle Wortmeldungen abgeschlossen sind, bittet Herr Schlichting diesen Tagesordnungspunkt als Beratung zu werten und im nächsten Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss der Stadt Kremen am 28.06.2022 zu empfehlen. Dann könnten vielleicht die Versorgungszahlen als genaue Kosten dargestellt werden. Formal wäre dieses Berechnungsblatt A regelmäßig wieder neu zu beschließen und anzupassen. Der Inhalt der textlichen Variante der Richtlinie würde nur noch geringfügig angepasst werden.</p> <p>Falls noch Fragen oder Anmerkungen sind, sind diese schriftlich bei Herr Schlichting oder in der Verwaltung zu stellen.</p>			
7.	<p>Beratung: Schranke - Seeweg Kremen</p> <p>Vorlage - 01-55-2022</p>			

	<p>Herr Wiesner gibt eine Zusammenfassung des Vorgangs.</p> <p>Es liegen mehrere Vorschläge vor, u.a. eine Schranke im Seeweg zu bauen. Dazu merkt er an, der Seeweg ist eine öffentliche gewidmete Gemeindestrasse. Die Nutzung ist jedermann im Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsvorschrift innerhalb der verkehrsüblichen Grenzen gestattet. Durch das Aufstellen von Schranken auf der Straße, wird das Recht auf Bewegungsfreiheit unzumutbar eingeschränkt. Demzufolge auch für die Ver- und Entsorger, Zulieferern, Rettungsfahrzeugen und der Feuerwehr.</p> <p>Straßenverkehrsrechtlich ist die geplante Schranke nicht geregelt. Die in §43 Abs. 1 StVO genannten Schranken als Verkehrseinrichtungen sind Sperreinrichtungen, welche sich regelnd, sichernd oder verbotend auf den Verkehr auswirken (Baustellenabsperungen, Absperrschranken, Leitbaken) und sind durch die Straßenverkehrsbehörde anzuordnen. Eine Schranke zu bauen hat erhebliche Vor- und Nachteile. Die Verwaltung empfiehlt diesen Vorschlag nicht.</p> <p>Der zweite Vorschlag war die Wiederherstellung des ursprünglichen Straßenzustandes. Dazu wurden die Kosten bereits ermittelt. Wenn der derzeitige Aufbau abgetragen, ausgekoffert und ggf. woanders wieder einsetzbar wäre, lägen die Kosten bei ca. 7.600 Euro. Eine zweite Maßnahme wäre der Einsatz von Spritzasphalt einer sogenannten Tränkdecke. Mit einer Firma, welche bereits Kenntnis von solch einer Durchführung besitzt, werden schnellstmöglich Vorortgespräche geführt. Dort soll erklärt werden, ob eine Machbarkeit vorliegt, wie nachhaltig diese ist und welche Kosten entstehen.</p> <p>Der dritte Vorschlag ist eine Teilentziehung der Straße. Wir ziehen diese in Betracht, da sie zeitnah umgesetzt werden könnte. In Kombination mit dem Zusatzzeichen „Anlieger frei“ würde bedeuten, dass Lieferanten und Besucher zu den in diesem Bereich liegenden Bewohnern weiterhin die Zufahrt gewährt wird und diese dort auch parken dürfen. Durchfahrende Besucher, welche zur Seelodge, zum Schöpfgraben oder Landwirte zu ihren Wiesen außerhalb des Seeweges, dürfen den Seeweg nicht benutzen. Ratsam wäre die Aufstellung am Beginn des Seeweges, Ruppiner Chaussee, um einem Mehrverkehr über den Storchenweg entgegenzuwirken. Damit wäre u.a. der Storchen- und der Birkenweg mit integriert. Inwieweit die Beschilderung vom Straßenverkehrsamt anordnungsfähig ist, müsste noch geprüft werden. Ggf. ist auch ein SVV-Beschluss erforderlich.</p> <p>Herr Busse merkt zusätzlich an, dass die dritte Variante der Teilentziehung die schnellst mögliche Variante sei, um den Durchgangsverkehr zu verbieten. Die Variante mit dem Patch Verfahren wäre auch eine Möglichkeit, die man in Betracht ziehen könnte. Aber er merkt an, dass insgesamt 250.000 Euro für Straßenreparaturen in diesem Haushaltsjahr eingestellt sind und</p>			
--	---	--	--	--

	<p>jeder Ortsteil zwei Prioritäten genannt hat. Bei insgesamt sieben Ortsteilen hat ein beauftragtes Planungsbüro eine Kostenschätzung von 650.000 Euro ermittelt. Wir versuchen jetzt aus jedem Ortsteil eine Priorität umzusetzen, dennoch gibt es Ortsteile wie Hohenbruch und Sommerfeld, wo nicht einmal eine Priorität vollständig umgesetzt werden kann. Das heißt im Klartext, egal ob Patch oder was auch immer, es ist in diesem Jahr nicht umsetzbar. Wenn wir mit einem grundhaften Ausbau anfangen, kommen voraussichtlich auf jedes Grundstück ca. 30.000 Euro Selbstbeteiligung zu. Daher versuchen wir für alle eine rentable Lösung zu finden. Der Staub ist für alle eine große Belastung, daher wäre die Beschilderung mit „Anlieger frei“ der nächstbeste Schritt. Diese Empfehlung könnte Ende Juni im Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss empfohlen und in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.</p>			
8.	<p>Sonstiges</p> <p>Es sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen, somit schließt Herr Schlichting die öffentliche Sitzung um 20:24 Uhr.</p>			

R. Schlichting
Vorsitzender

D. Steinke
Schriftführerin